

# Schillerndes Krisenbewusstsein

## Politische Deutungsmuster von Lohnabhängigen in der sozialökologischen Krise

In der gesellschaftlichen Linken sind sich viele einig: Angesichts der zivilisationsbedrohenden Klimakrise und der von Neoliberalen über Jahrzehnte geschürten sozialen Ungleichheit und Unsicherheit wäre eine mutige und radikale sozialökologische Reformpolitik nötig. Sie müsste mehr Gleichheit schaffen und eine nachhaltige Wirtschaftsweise durchsetzen, die unsere natürlichen Überlebensgrundlagen sichern würde. Im Folgenden werde ich beispielhaft Potenziale einer solchen sozialen und ökologischen Alternative unter den Bedingungen der sozialökologischen Krise analysieren. Ich setze mich mit Einstellungen und politischen Deutungsmustern auseinander, auf die ich bei Beschäftigten aus drei Fraktionen der heutigen Arbeiter\*innen- und lohnabhängigen Mittelklasse getroffen bin: Industriearbeiter\*innen, Beschäftigten aus den Lagern der Handelskette und Pflegekräften. Welche Anknüpfungspunkte bieten diese Deutungen für ökosozialistische Politik?

Ich werde diese Frage beantworten, indem ich eigene empirische Untersuchungsergebnisse vorstelle (Goes 2024). Abschließend werde ich die »sozialökologischen Potenziale« zusammenfassen und politische Schlussfolgerungen ziehen. Dabei gehe ich theoretisch begründet davon aus, dass das sozialökologische Potenzial umso größer ist, je stärker sich Beschäftigte an den Idealen der Gleichheit orientieren, sowohl der sozialen als auch der politischen Gleichheit (Demokratie) (Bobbio 2021, 72-81), und je mehr sie sich Klima- und Umweltschutz wünschen. Zugespitzt lassen sich in loser Anlehnung an Esping-Andersen (Esping-Andersen 1985) dabei Orientierungen an einer »Klima- und Umweltpolitik mit dem Markt« von Orientierungen an einer »Klima- und Umweltschutzpolitik gegen den Markt« unterscheiden, die auf Stärkung der Beschäftigten- und den Abbau von Kapitalmacht setzen.

### I. Vorgehen und empirische Basis

Um herauszufinden, wie Lohnabhängige Betrieb und Gesellschaft wahrnehmen, welche sozialen und politischen Probleme sie selbst umtreiben und welche politischen Veränderungen sie sich wünschen, habe ich 40 lange problemzentrierte Interviews geführt.<sup>1</sup> Ich habe offene Fragen gestellt, damit meine Gesprächspartner selbst die Gelegenheit hatten zu erläutern und zu vertiefen, was sie umtrieb – erst im Verlauf des Gesprächs habe ich selbst Fragen aufgeworfen, deren Beantwortung die Sicht auf die Themen Klima/Klimabewegung, Ungleichheit, Parteien

---

1 Der Erhebungszeitraum erstreckte sich über die gesamte Zeit der Corona-Pandemie, wir sprachen also unter dem doppelten Eindruck der Gesundheits- und der mit ihrer Bekämpfung verbundenen Wirtschaftskrise. Es handelt sich um Intensivinterviews, die zwischen zwei und vier Stunden, teilweise auch fünf, Stunden lang waren. Sehr wenige waren kürzer.

und politische Veränderungen/Ansprüche an den Sozialstaat nachvollziehbar machen sollten.

Meine Gesprächspartner:innen gehörten zum betrieblichen gewerkschaftlichen Milieu. Es handelte sich um Menschen, die in den vergangenen zwei Jahren in irgendeiner Form an betrieblichen oder gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen beteiligt waren – Betriebsräte, Vertrauensleute, aber auch Beschäftigte, die »nur« aktiv wurden. Dieses Sampling beruhte auf zwei Überlegungen: Erstens bin ich davon ausgegangen, dass dieses gewerkschaftliche Milieu aus Multiplikator:innen besteht, deren Deutungen innerhalb der Belegschaften eine wichtige Rolle spielen. Zweitens habe ich angenommen, dass sich sozialökologische Potenziale am ehesten hier finden, und dass sich Herausforderungen, die sich hier abzeichnen, bei anderen Beschäftigten noch deutlicher zeigen müssten.

Die Beschäftigten, die ich interviewen konnte, arbeiteten in drei Sektoren, die in unterschiedlichem Maße von sozialer Krise und vom ökologischen Umbau betroffen sind. Diese Bereiche unterscheiden sich beispielsweise hinsichtlich des typischen Einkommensniveaus, der Qualifikationsanforderungen oder der gewerkschaftlichen Organisationsmacht deutlich voneinander. Die wichtigsten Unterschiede können der folgenden Tabelle entnommen werden.

<b>Tab. 1: Arbeits- und Lebensbedingungen in den drei Beschäftigungssektoren des Interviewsamples</b>			
	Automobilkette / Werkzeugbau	Handelskette	Krankenhäuser
Einkommen	Respektabler Wohlstand	Niedrige Löhne	Respektabler Wohlstand
Prekäre Beschäftigung	Rand-Stamm-Dynamik	Normalität von prekärer Arbeit	Geringe Prekarität
Qualifikationsanforderungen	Geringe Anforderungen bis vorausgesetzt Fachberufsausbildung	Geringe Anforderungen	Vorausgesetzte Fachberufsausbildung
Arbeitsmarktmacht	Mittel	Niedrig	Hoch
Organisationsmacht	Befestigt	Fragil	Gering
Ökologischer Umbau	Direkt wirtschaftlich betroffen	Indirekt wirtschaftlich betroffen	Kaum wirtschaftlich betroffen
Interviews	14 Problemzentrierte Interviews	10 Problemzentrierte Interviews	16 Problemzentrierte Interviews

## II. Typische Deutungen

Im Folgenden werde ich zunächst auf typische, jeweils von breiten Mehrheiten geteilte Deutungen eingehen, anschließend auf Deutungsmuster, die sich voneinander unterscheiden.

### Betrieb und Gesellschaft

Die Betriebe wurden von meinen Gesprächspartner:innen überwiegend als Orte des Unbehagens gesehen, teilweise als Kampfzonen. Die konkreten Leiderfahrungen unterschieden sich, tendenziell litten Industriebeschäftigte unter Zeit- und Arbeitsdruck, teilweise war Lohnunzufriedenheit verbreitet, kombiniert mit Missachtungserfahrungen; die interviewten Handelsbeschäftigten hatten eher mit mangelhaften Mitbestimmungsstrukturen zu kämpfen, Lohndefizite und monotone Arbeit belasteten; die Krankenhausbeschäftigten dagegen litten unter Arbeitsbedingungen, die den konkreten Gebrauchswert »guter Pflegearbeit« unterliefen. In mehr oder weniger starkem Maße erlebten meine Gesprächspartner\*innen Anspruchsverletzungen – dies betraf Ansprüche an gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne oder die Möglichkeit, gute Arbeit leisten zu können.

Die Gesellschaft war in den Augen der Interviewten sehr ungleich. Sie gliederte sich für die Mehrheit – diffus – in eine Ober-, Mittel- und Unterschicht. Entscheidend für die Zuordnung war das verfügbare Einkommen. Die mittleren Schichten wurden als bedroht und schwindend angesehen. Sich selbst sahen meine Gesprächspartner\*innen ganz überwiegend als Angehörige dieser Mitte, ohne selbst in Not zu sein. Diese Befunde bestätigen quantitative Untersuchungen, die in den vergangenen Jahren regelmäßig ein Unbehagen in der Bevölkerung an zu großer sozialer Ungleichheit festgestellt haben.<sup>2</sup> Die Selbstverortung in der Mitte nahmen die Beschäftigten aus der Industrie, den Handelslagern und den Krankenhäusern überwiegend ähnlich vor, unten stufte sich kaum jemand ein. Zukunftsoptimistische Deutungen scheinen auch bei meinen Gesprächspartner:innen erodiert zu sein.<sup>3</sup> Insofern lässt sich durchaus von einem weit verbreiteten Pessimismus sprechen, von Kritiken an einer sozialen Polarisierung, von der aber – in den Augen des Gros der Befragten – andere betroffen sind.

### Das politische Feld

Die Beschäftigten warfen oft einen kritischen Blick auf das politische Feld. Mit »der« Politik bzw. den Parteien und Politiker\*innen ist der Großteil der Befragten keineswegs zufrieden, auch wenn sich dahinter politisch sehr Unterschiedliches verbirgt. Das Gros der Beschäftigten beklagte ein mangelhaftes Aufgreifen der Interessen und Anliegen der gewöhnlichen Leute bzw. eine Bevorzugung von Interessen derjenigen, die sich an der Spitze der Gesellschaft befinden.<sup>4</sup> Auch in

2 Siehe hierzu: Hilmer u. a. 2017, 18, und Brinkmann u. a. 2020, 98.

3 Ähnlich: Kratzer u. a. 2015, 401.

4 Ähnlich: Beck/Westheuser 2022, 306.

meinen Interviews deutet sich ein Riss zwischen politischen Repräsentant\*innen und Volk an, auf den die Einstellungsforschung wiederholt hingewiesen hat.<sup>5</sup>

Wirklich scharfe »populistische«<sup>6</sup> und popular-demokratische Kritiken an politischen Parteien oder Politiker\*innen finden sich nur bei einem Teil meiner Gesprächspartner\*innen. Für popular-demokratische Verarbeitungsweisen ist typisch, dass Sozialkritik und Kritik an den Parteien so zusammenwirken, dass eine Unten-Ober-Spaltung auch im Politischen sichtbar wird. Typisch sind deutliche Kritiken an Politikern und Parteien, die aber demokratisch motiviert sind. Hier widersprechen meine Ergebnisse einem pointierten Befund der jüngeren Krisenbewusstseinsforschung. In ihrer Studie »Rechtspopulismus und Gewerkschaften« war eine Autor\*innengruppe um Dieter Sauer auf ein politisches Bewusstsein bei Arbeiter\*innen gestoßen, in dem der Staat als eine Art feindliche Institution wahrgenommen wurde (Sauer u. a. 2018, 196) und Anti-Establishment-Haltungen verbreitet waren (ebd., 154)<sup>7</sup>.

In den Gesprächen, die ich geführt habe, zeigten sich solche Deutungen durchaus, etwa in Deutungsmustern, die ich »Sozialrebellischer Nationalismus« oder »Exklusiver Sozialpopulismus« genannt habe (siehe unten). Insgesamt bin ich aber auf ein deutlich ausdifferenzierteres Spektrum politischer Haltungen gestoßen, zu denen auch die popular-demokratischen und liberal-demokratischen Orientierungen gehörten, die für die sog. »Sozialen Gemeinwohldemokrat\*innen«, die »Ökologie-Zuerst-Bewegten«, die »(Enttäuschten) Sozialliberalen« und die »Leistungsorientierten Sozialkonservativen« typisch waren (siehe unten). Für liberal-demokratische Deutungen sind positive Bezüge auf die Parteiendemokratie typisch, darüber hinaus eine Orientierung an seriöser und eher etablierter Politik. Die Abgrenzung insbesondere von Antidemokratischem, das mit der AfD identifiziert wird, spielt dabei eine wichtige Rolle. Diese Beschäftigten waren also durchaus unzufrieden, teilweise sogar frustriert von etablierten Parteien. Von einer Abwendung von der Politik oder gar der Demokratie kann aber keine Rede sein. Und auch Beschäftigte, die popular-demokratisch argumentierten, also nicht nur kritisch auf die als sehr groß empfundene soziale Ungleichheit blickten, sondern zugleich die Macht des großen Geldes im politischen Feld skandalisierten, wandten sich nicht von als feindlich empfundenen Institutionen ab, sondern urteilten differenziert über verschiedene Parteien und zeigten eher demokratischen Gestaltungswillen.

5 Ein stabiles Zutrauen in die etablierten Parteien scheint es kaum mehr zu geben. 2017 glaubten 69 Prozent der in einer repräsentativen Studie Befragten, führende Politiker würden in einer eigenen Welt leben, 56 Prozent fanden, es sei egal, welche Partei man wählt, 60 Prozent waren der Meinung, die Wirtschaft habe einen zu großen Einfluss auf politische Entscheidungen (Hilmer u. a. 2017, 19). Siehe hierzu auch qualitativ: Brinkmann u. a. 2020, 103f.

6 Populistische Deutungen gehen von einem Gegensatz zwischen Volk und Eliten aus, sie vertiefen diesen aber nicht (Hall 2014, 112f.). Im Hintergrund steht immer die Erwartung einer guten, gerechten, sauberen und rechtschaffenden Elite, die sich – anstelle der kritisierten – der Sache der einfachen Leute annimmt. So bauen populistische Deutungen Brücken zwischen Unten und Oben, wenn auch ein Teil des »Oben« scharf oder gar feindselig kritisiert wird.

7 Vergleichbar: Bose u. a. 2018, 218f.

## Fremdenfreundlichkeit und Kritik daran

In den vergangenen Jahren wurden wiederholt fremdenfeindliche, rassistische und autoritäre Einstellungen in der Bevölkerung untersucht. Laut Wilhelm Heitmeyer stimmten 2018/19 18,9 Prozent der Deutschen fremdenfeindlichen Aussagen zu, knapp 9 Prozent sogar rechtsextremen (Heitmeyer u. a. 2020, 92). In der sog. Leipziger Autoritarismus-Studie stießen die Forscher\*innen auf rund 41 Prozent Ostdeutsche, die der Aussage zustimmten, Ausländer kämen nur her, um den Sozialstaat auszunutzen, fast 37 Prozent glaubten, Deutschland werde durch Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet (Decker u. a. 2023, 10). In Westdeutschland waren es rund 23 (Überfremdung) und 22 (Sozialstaat) Prozent (Decker u. a. 2022, 46). Auch in meinen Interviews tauchten migrations skeptische bis fremdenfeindliche Deutungen auf. Die Ablehnung von Zuwanderung oder die argumentativ begründete Skepsis fielen zwar unterschiedlich scharf aus, fanden sich aber bei einer größeren Minderheit meiner Gesprächspartner\*innen. Wirklich dominant, darauf werde ich noch eingehen, waren Abgrenzungen gegenüber Migrant\*innen und ausgemachte Migrationskritiken nur für ein Deutungsmuster, in zwei weiteren spielten sie eine wichtige Rolle. Die Begründungen für Skepsis und Ablehnung reichten von kultureller Entfremdung (fremd im eigenen Haus) über wahrgenommene Benachteiligungen (fehlende Hilfe für Deutsche, aber Unterstützung für Geflüchtete), bis hin zu Konflikterlebnissen (etwa Respektlosigkeiten). Gleichzeitig grenzte sich ein größerer Teil meiner Gesprächspartner\*innen – i. d. R., indem sie selbst das Thema zur Sprache brachten –, von Fremdenfeindlichkeit ab, die sie auch im eigenen betrieblichen Erfahrungszusammenhang erlebten. Der »Rechtsruck« war für viele Interviewte ein bewegendes Problem.<sup>8</sup>

## Klimabewusstsein

Überraschend war für mich, wie viele Gesprächspartner\*innen von sich aus den Klimawandel bzw. Umweltzerstörung als ein dringliches Problem unserer Zeit zur Sprache brachten, auch wenn dies weniger typisch war als die vorher genannten Deutungen. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung, die Nancy Fraser über die Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit des heutigen ökologischen Zeitgeistes gemacht hat, interessant. Klimasorgen und die Vorstellung, mehr bzw. bessere Klimapolitik sei nötig, haben sich weit verbreitet, in der politischen Debatte ist das Problem allgegenwärtig. Zugleich gehen die Vorstellungen darüber, was eigentlich das Problem genau ist, und wie es gelöst werden kann, weit auseinander (Fraser 2022, 76–77). Ähnliches lässt sich darüber sagen, wie meine Interviewpartner\*innen über Klimawandel und Klimapolitik sprachen. Im empirischen Material wurde deutlich, dass die Sorge um die ökologischen Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen einen nennenswerten Teil der Befragten antreibt. Teilweise zeichnete sich in

<sup>8</sup> Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass im Interviewmaterial lediglich Haltungen sichtbar wurden (Problem Migration vs. Problem Rechtsruck) – Meinungen zu konkreten politischen Fragen (z. B. Asylpolitik) habe ich nicht systematisch untersucht.

den langen Gesprächen ein hohes Dringlichkeitsgefühl ab. Hier kristallisieren sich bei einer Minderheit klare »Klima- und Umweltschutzinteressen von unten« heraus.

Gleichwohl unterscheiden sich die Klimadeutungen deutlich voneinander. Tendenziell drückt sich dabei auch die jeweilige Abhängigkeit der interviewten Beschäftigten vom fossilen Kapital aus. Stärkere Zukunftsängste (ähnlich: Tullius/Wolf/Vogel 2023, 36) drückten unter meinen Gesprächspartner\*innen insbesondere »(Enttäuschte) Sozialliberale« aus, die überwiegend in der Wertschöpfungskette Automobil ihr Auskommen fanden<sup>9</sup>. Unbekümmert blickten hingegen etliche Beschäftigte aus Krankenhäusern auf die Möglichkeiten des Klimaschutzes. Man könnte auch von einer bedingungsgebundenen Offenheit gegenüber Klimaschutzmaßnahmen reden, für die eine Skepsis gegenüber Vorschlägen typisch ist, bei denen »die einfachen Leute« die Zeche zahlen sollen.

### III. Deutungsmuster

Soweit zu Deutungen, die weit verbreitet sind und insofern auch verbinden könnten. Zugleich zeichneten sich in der Deutungsmusteranalyse aber wichtige ideologische Unterschiede ab. Denn was genau all diese Deutungen bedeuten, welche politische Potenz damit jeweils verbunden ist, hängt davon ab, in welche umfassenderen Deutungsmuster sie jeweils eingebettet sind. Insgesamt habe ich sechs Muster herausgearbeitet: Der »Sozialrebellische Nationalist«, die »(Enttäuschten) Sozialliberalen«, die »Sozialen Gemeinwohldemokrat\*innen«, die »Ökologie-Zuerst-Bewegten«, die »Leistungsorientierten Sozialkonservativen« und den »Exklusiven Sozialpopulisten«.<sup>10</sup>

**Tab. 2: Deutungsmuster-Gruppen nach Zahl der interviewten Personen (n = 40)**

»Sozialrebellischer Nationalist«	1
»(Enttäuschte) Sozialliberale«	13
»Soziale Gemeinwohldemokrat:innen«	10
»Ökologie-Zuerst-Bewegte«	6
»Leistungsorientierte Sozialkonservative«	9
»Exklusive Sozialpopulisten«	1
Interviewte Personen insgesamt	40

9 Ähnliche Eindrücke vermittelt eine Studie, die sich den Stimmungen in vier strukturschwachen Regionen widmet (Fröhlich u. a. 2022, 10). 28,6 % der 217 mittels Kurzinterviews Befragten meinten, dass soziale Probleme die größten Herausforderungen der Zukunft seien, 27,6 % nannten den Umwelt- und Klimaschutz, 22,1 % die wirtschaftliche Zukunft des Landes (ebd., 13). Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Blick auf die ökologische Transformation sorgenvoll war, weil er von eher negativen Erfahrungen mit den Umbrüchen in den eigenen Regionen geprägt ist. Von einer manifesten Angst vor den materiellen Folgekosten der Klimaschutzpolitik ist die Rede (ebd., 14).

10 Die Muster »Sozialrebellischer Nationalismus« und »Exklusiver Sozialpopulismus« fanden sich nur bei je einem Interviewpartner. Beide Deutungsweisen fasse ich – auch aufgrund älterer eigener Forschung, bei der ich auf ähnliche Deutungen gestoßen bin – als hypothetische Deutungsmuster auf. Ob sie sich, wovon ich aufgrund anderer Forschungsergebnisse ausgehe, tatsächlich bei einer größeren Zahl anderer Menschen finden, wäre durch weitere Interviews zu prüfen.

Die Gedanken des »Sozialrebellischen Nationalisten« kreisen um Gefühle der Benachteiligung, insbesondere um das Gefühl der Benachteiligung gegenüber Migrant\*innen, die als Bedrohung wahrgenommen werden, Nationalismus ist dabei prägend. Zentral ist eine nationalidentitäre Opfergeschichte, die eng mit Erfahrungen sozialer Benachteiligung in Betrieb und Gesellschaft verbunden ist. Ähnlich wie »Soziale Gemeinwohldemokrat\*innen« spricht auch der »Sozialrebellische Nationalist« von einer großen Macht des großen Geldes, bei ihm ist es eine Übermacht. Er sieht sich als Opfer eines Machtkomplexes, hinter dem die Wirtschaft steckt – zwischen politischen Parteien wird kaum unterschieden, demokratische Gestaltungsmöglichkeiten werden nicht gesehen. Sozialstaatsansprüche spielen eine eher untergeordnete Rolle. Wie auch von Forscher\*innen herausgestellt wurde, die sich mit der Parteipräferenz von Arbeiter\*innen auseinandergesetzt haben: Nicht die schwierige Arbeitssituation oder die schwierige soziale Lage erklären diese Orientierung, sondern das Vorherrschen eines starken Anti-Universalismus (Bornschiefer/Kriesi 2013, 22), der auf Hierarchisierungswünschen (Ich/Wir zuerst) beruht. Der Blick des »Sozialrebellischen Nationalisten« auf Klimawandel und Klimapolitik fällt widersprüchlich aus – von einer Leugnung kann keine Rede sein, vielmehr deutet er den Klimawandel als von oben gesteuert, von einer Elite, die davon profitiert. Diese Deutung ist zumindest anschlussfähig an extrem rechte antiökologische Deutungsangebote, die in Klimaschutzpolitik selbst eine Art ideologisches Unternehmen sehen, »mit dem liberale Eliten das Volk gängeln, seine Freiheit abschaffen und den Wohlstand ruinieren wollen.« (Quent/Richter/Salheiser 2022, 18)

Im Deutungsmuster »Soziale Gemeinwohldemokrat\*innen« (ein Viertel der Befragten) wird hingegen eine scharfe Sozialkritik formuliert, die sich auf Betrieb und Gesellschaft bezieht. Leitideen sind soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Demokratie. Dieses Muster kristallisiert sich um Oben-Unten-Gegensätze, der normative Horizont ist eine Art Gemeinwohldemokratie, in der die Interessen der Beschäftigten befriedigt werden, Demokratie ausgeweitet ist. Es dominiert eine kritisch-egalitäre Sicht auf die Gesellschaft. Charakteristisch sind Deutungen, wonach »[...] die gesellschaftliche Position einer Person von ihrer sozialen Herkunft abhängt« (Sachweh 2010, 37) bzw. sozialer Aufstieg kaum oder nur unter (sehr) erschwerten Bedingungen möglich ist. Ihre eigene soziale Lage (bzw. die derjenigen, die sich unten in der Gesellschaft befinden) führen sie auf die privilegierte Lage derjenigen an der Spitze der Gesellschaft zurück – auch wenn sie dafür nicht auf ausgearbeitete Erklärungen zurückgreifen. Typisch ist darüber hinaus eine populär-demokratische Haltung gegenüber Politiker\*innen und Parteien. »Soziale Gemeinwohldemokrat\*innen«, die sowohl in der Industrie, in Krankenhäusern wie im Handel beschäftigt waren, sehen nicht nur große materielle Ungleichheit im Land, sie kritisieren auch eine ungleiche Verteilung politischer (Einfluss-)Macht, die mit der Ballung des Wohlstands zusammenhängt. Trotzdem sind in ihren Augen nicht alle Katzen grau, sie beurteilen Parteien durchaus unterschiedlich und wollen demokratisch mitgestalten. Klimawandel und Klima-



schutz spielen zum Teil durchaus eine wichtige Rolle. Umweltprobleme führen »Gemeinwohldemokrat\*innen« – wenn auch nicht systematisch – auf das Wirtschaftssystem zurück. Wenn sie über Klimaschutz sprechen, bringen sie auch die Oben-Unten-Ungleichheit ins Spiel. Er soll nicht auf Kosten »der einfachen Leute« erfolgen, Klima und Ungleichheit werden zusammengedacht. Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat sind in diesem Deutungsmuster besonders ausgeprägt. Sie betreffen sozialen Schutz, Umverteilung, Bildung und einen starken Öffentlichen Dienst.

Das Muster »Soziale Gemeinwohldemokrat\*innen« und der »Sozialrebellische Nationalist« bilden die jeweils dünnen Pole eines breiteren Spektrums von Deutungsweisen. Im Muster »Die Ökologie-Zuerst-Bewegten« (rund ein Sechstel der Befragten) finden sich ebenfalls klare Kritiken an sozialen Missständen in Deutschland; ökologische Probleme werden aber als brisanter wahrgenommen. Kurz: Soziale Gerechtigkeit ist durchaus wichtig, auch Bezüge auf Gleichheit, aber wichtiger ist die Bewältigung der Klimakrise. Eingebettet sind diese Problemwahrnehmungen in ein Gesellschaftsbild, das durchaus von Oben-Unten-Unterschieden (nicht unbedingt: Gegensätzen) geprägt ist. »Ökologie-Zuerst-Bewegte« waren überwiegend in Krankenhäusern und Lagern des Handels beschäftigt. Dieses Muster hat zwei Unterströmungen, die »Klimasozialen« und die »Ökopragmatiker«, die sich in einigen wichtigen Punkten voneinander unterscheiden. »Klimasoziale« kritisieren die materielle Ungleichheit deutlich stärker und haben ein ähnlich popular-demokratisches Verhältnis zu Politiker\*innen und Parteien wie »Soziale Gemeinwohldemokrat\*innen«. Man könnte auch sagen, dass »Klimasoziale« in Richtung »Gemeinwohldemokrat\*innen« neigen. Anders dagegen die »Ökopragmatiker\*innen«, für die eine eher liberal-demokratische Haltung und pragmatische Gestaltungsorientierung typisch sind. Die »Ökopragmatiker\*innen« neigen stärker in Richtung des Musters »(Enttäuschter) Sozialliberalismus«, auf den ich im Folgenden eingehe. Die Sozialstaatsorientierungen beider Unterströmungen sind entsprechend verschieden, die Klimasozialen sind offen für eine ähnlich offensive Sozialstaatsreform wie die »Gemeinwohldemokrat\*innen«, die Wünsche der »Ökopragmatiker\*innen« kreisen um sozialen Schutz und gute (Aus-) Bildungspolitik.

Der »(Enttäuschte) Sozialliberalismus« (ein Drittel der Befragten) verhält sich zum Muster »Die-Ökologie-Zuerst-Bewegten« fast spiegelverkehrt. Zentral ist eine deutliche, wenngleich nicht radikale Sozialkritik, sowohl an betrieblichen Managementpraktiken, als auch an sozialer Ungleichheit. Wenngleich radikale Vorgehensweisen abgelehnt werden, gibt es ein Verlangen nach Veränderung. »Sozialliberale« stehen ökologischen Fragen offen gegenüber, allerdings sind zukunftsfeste Arbeitsplätze und die Sicherung des ohnehin bescheidenen Lebensstandards für sie Bedingungen, damit sie Klimaschutz befürworten. Sie teilen in geringerem Maße als die »Ökologie-Zuerst-Bewegten« den Eindruck, dass Klimaschutz dringlich ist und sie sind Klimaschutzpolitik gegenüber skeptischer als die Gemeinwohldemokrat\*innen. Eingebettet sind diese Orientierungen in ein



Gesellschaftsbild, in dem zwischen Oben, Mitte und Unten unterschieden wird, aber ohne prägende klare »Die-Gegen-Uns-Gegensätze«. Die Deutung, die Interessen der einfachen Beschäftigten würden vernachlässigt, zieht sich gleichwohl durch dieses Muster – brisant wird diese Enttäuschung nicht zuletzt, weil Sozialliberale sehr leistungsbereit sind. Auch sie wünschen sich einen Staat, der sozial schützt und gute (Aus-) Bildung vermittelt. Aber »Sozialliberale« stehen auch einer punktuellen Ausweitung des Öffentlichen Dienstes und steuerlicher Umverteilungspolitik offen gegenüber. Gleichwohl sind die sozialliberalen Sozialstaatsansprüche bescheidener als etwa im Muster »Soziale Gemeinwohldemokratie«. Für die »Sozialliberalen« ist insgesamt eine deutliche, aber nicht unbedingt radikale Sozialkritik typisch. Sie verlangen nach politischen Lösungen, die soziale Gerechtigkeit zum Ziel haben, auch (oder ganz besonders) in der Klimaschutzpolitik. Radikaler Politik stehen sie allerdings eher ablehnend gegenüber. Verbreitet ist unter »Sozialliberalen« der Optimismus, durch technologische Innovationen ließe sich der Klimaschutz bewerkstelligen, und die latente Vorstellung, politische und wirtschaftliche Eliten müssten nur wieder gerechtere Politik machen. Aus beidem folgt der Glaube an die Veränder- und Gestaltbarkeit der Verhältnisse. »(Enttäuschte) Sozialliberale« arbeiteten überwiegend im Werkzeug- und Maschinenbau bzw. der Wertschöpfungskette Automobil.

Ganz anders in dieser Hinsicht verhält es sich mit dem Deutungsmuster »Exklusiver Sozialpopulismus«, in dessen Mittelpunkt ebenfalls deutliche Sozialkritiken stehen, sowohl an den Zuständen im Betrieb wie in der Gesellschaft (z. B. an zu viel Ungleichheit). Für den »Sozialpopulisten« ist ein starker Elite-Masse-Bruch typisch. Die politischen Eliten gehören zu einer anderen Welt, die den Kontakt zum Rest, auf den es eigentlich ankommt, verloren haben. Hierin wurzelt eine gewisse radikale bzw. rebellische Haltung. Dass politische Eliten abgehoben sind, wird auf verschiedene Gründe zurückgeführt, zu denen auch Lobbyismus gehört. Es geht mehr um eine Antihaltung dem Etablierten gegenüber, als um klare Wünsche nach Veränderung der Machtverhältnisse. Von »Sozialpopulismus« ist die Rede, weil aufgrund der Ungleichheitskritik eine (moderate) Umverteilungs- und eine bessere Bildungspolitik gefordert werden. Exklusiv ist dieser »Sozialpopulismus«, weil deutliche Grenzen gegenüber Migrant\*innen gezogen werden. Diese Abgrenzungen sind aber weitaus milder als etwa beim Sozialrebellischer Nationalismus.

Ein weiteres wichtiges Deutungsmuster, auf das ich gestoßen bin, ist der »Leistungsorientierte Sozialkonservatismus« (etwas weniger als ein Viertel der Befragten). »Sozialkonservative« reagieren sensibel auf die Missachtung erbrachter Leistungen bzw. bewiesener Leistungsbereitschaft. Sie orientieren sich weniger an Gleichheitsidealen als an der Leistungsgerechtigkeit – das aber mitnichten im Sinne einer Ellenbogenmentalität. Zu große Ungleichheit sehen sie kritisch, Unten-Oben-Unterschiede werden wahrgenommen, sie nehmen aber keinen bestimmenden Platz im Deutungsmuster ein. Eine »Solidargemeinschaft der einfachen und fleißigen Leute« zeichnet sich ab. Das politische System, in

dem wir leben, wird wertgeschätzt, die Wahlerfolge der AfD empfinden »Sozialkonservative« daher eher als bedrohlich. Trotzdem sind sie migrationskritisch. Klimaschutzpolitik stehen sie eher offen gegenüber, für einzelne von ihnen spielt sie aufgrund der eigenen regionalen Heimatverbundenheit sogar eine wichtige Rolle. Klimaschutz versprechen sich »Sozialkonservative« von einem anderen Konsum, anderen Produkten und technologischer Erneuerung. Deutungen, wonach Klimaschutz gegen den Markt durchgesetzt werden müsste, finden sich nicht, punktuell wohl aber Kritik am Egoismus von Konzernen. Die Ansprüche an den Sozialstaat sind eher bescheiden. »Sozialkonservative« wünschen sich eine bessere (Aus-) Bildungspolitik, tendenziell auch sozialen Schutz. Mit Blick auf die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung ist zu unterstreichen: Gegenüber Erwerbslosen, denen nur begrenzt Leistungsbereitschaft unterstellt wird, wird die Solidarität aufgekündigt. Das Gros der »Sozialkonservativen« wünscht sich eine strafende Sozialpolitik. »Sozialkonservative« finden sich unter Industrie-, Pflege- und Handelsbeschäftigten.

### III. Schlussfolgerungen

Die nachgezeichneten Deutungen offenbaren ein schillerndes Krisenbewusstsein. Insgesamt bergen sie vielschichtige Potenziale für ein sozialökologisches Projekt des Grünen Sozialismus, das sich dem sozial gerechten ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Veränderung der damit verbundenen Konsummodelle und Lebensweisen verschreibt. Weit verbreitet sind ein Unbehagen an sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit, ein Unbehagen an wirtschaftlicher Machtballung und an vom Wahlvolk entfremdeten politischen Eliten, eine Polarisierung zwischen Anti-Rechts- und migrationskritischen Deutungen sowie ein unterschiedlich ausgeprägtes Klimabewusstsein. Ausgemachte antiökologische Haltungen sind hier nicht verbreitet, sehr wohl aber Skepsis und Misstrauen, beides auch verbunden mit dem Vertrauensverlust gegenüber »der« Politik.

Am größten sind die sozialökologischen Potenziale bei »Gemeinwohldemokrat\*innen« und »Klimasozialen« (zusammen etwa 30 Prozent meiner Gesprächspartner\*innen), die sich am deutlichsten am Ideal der Gleichheit orientieren und deren Deutungen am stärksten eine »Klimaschutzpolitik gegen den Markt« nahelegen. Geringer sind sie bei »Ökopragmatikern«, »Sozialkonservativen«, kaum vorhanden beim »Sozialrebellischen Nationalisten«. Um gesellschaftlich relevant zu sein, müsste das Projekt des Grünen Sozialismus »Gemeinwohldemokrat\*innen« und »Klimasozialen« eine politische Heimat bieten, gleichzeitig aber »Sozialliberale«, »Sozialkonservative« und »Sozialpopulisten« ansprechen – oder zumindest Teile von ihnen. Wahrnehmungen sozialer und politischer Ungerechtigkeit, soziale Veränderungswünsche und die bedingungsgebundene Offenheit gegenüber Klimaschutzpolitik bieten dafür Möglichkeiten.

Das Projekt des Grünen Sozialismus muss deshalb m.E. die Kritik an Ungleichheit (positiv: die Forderung nach Gleichheit, nicht nur Gerechtigkeit) und politischer Machtballung bei den Besitzenden (positiv: die Forderung nach bes-

serer und mehr Demokratie, nicht nur nach besserer Politik) in den Vordergrund rücken und mit einem Plädoyer für ökologische Sicherheit verbinden. Vorhandene Ängste, Sicherheits- und Schutzbedürfnisse müssen aufgegriffen werden. Das Versprechen ökologischer Sicherheit müsste beides umfassen: das Versprechen auf soziale Sicherheit und gesicherte Teilhabemöglichkeiten im Rahmen des großen Umbaus einerseits, das auf ein sicheres (Über-) Leben durch Klimaschutz andererseits. Es ginge um die Verbindung von sozialem Schutz mit der Verteidigung der Bewohnbarkeit der Erde (Mouffe 2023, 92). Der Vorschlag eines erneuerten und starken sozialökologischen Wohlfahrtsstaates, der grundlegende Veränderungen überhaupt erst ermöglicht, weil er einen sozialen Schutzschirm bietet und mehr demokratischen Einfluss auf das erlaubt, was in der Wirtschaft geschieht (Goes 2022; ders. 2024, 263f.), sollte für diese Sicherheits-Politik eine wichtige Rolle spielen.

Es gibt aber auch große Herausforderungen, von denen ich hier lediglich zwei benennen will. Erstens Unterschiede der politischen Handlungsorientierung: Auf der einen Seite wünscht sich ein Teil meiner Gesprächspartner große soziale und politische Veränderungen und argumentiert eher konfliktorientiert (Gemeinwohldemokrat\*innen, Klimasoziale, tendenziell der Sozialpopulist), auf der anderen Seite wünscht sich ein Teil der Befragten politische Fortschritte, indem die Regeln des politischen Spiels befolgt werden (Sozialliberale, Sozialkonservative und Ökopragmatiker\*innen). Zweitens Polarisierung entlang der Migration: Ein Teil meiner Interviewpartner\*innen (Gemeinwohldemokrat\*innen, Klimasoziale, Ökopragmatiker und Sozialliberale) positioniert sich klar gegen rechts, in der Regel, indem sie sich kritisch über Fremdenfeindlichkeit äußern. Für den anderen Teil ist Zuwanderung ein ernstes Problem, sie sind eher migrations-skeptisch und migrationskritisch (Sozialkonservative, der Sozialpopulist) bzw. -feindlich (der Sozialrebellische Nationalist).

Beide Differenzierungslinien müssten politisch berücksichtigt werden, indem die ihnen zu Grunde liegenden Verhältnisse offensiv angesprochen werden – Ansprache statt De-Thematisierung. Migrationsgegner\*innen mögen sich nicht leicht überzeugen lassen, Skeptiker\*innen aber lassen sich m.E. eher politisch ansprechen, wenn Herausforderungen und Probleme der Integration offen zur Sprache gebracht werden, um mit eigenen Antworten zu überzeugen. Ähnlich verhält es sich m.E. mit der Skepsis gegenüber radikaler Politik. Ausgangspunkt einer überzeugenden Argumentation könnte sein, dass die Veränderungswünsche von Sozialliberalen und Sozialkonservativen andauernd frustriert werden, weil Politik »nach den Regeln des Spiels« dazu führt, die Interessen von Konzernen und Vermögenden stärker zu berücksichtigen – die gewünschten Veränderungen ohne Konflikte mit Besitzenden also nicht zu haben sind. Dass radikale Schritte nicht nur nötig, sondern auch machbar sind und erfolgreich sein können, wäre zu zeigen, um zu überzeugen.

## Literatur

- Beck, Linda/Westheuser, Linus (2022): Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen. In: Berliner Journal für Soziologie. Nr. 2. S. 279-316.
- Bobbio, Noberto (2021): Rechts und Links. Berlin.
- Bornschiefer, Simon/Kriesi, Hanspeter (2013): The populist right, the working class, and the changing face of class politics. In: Rydgren, Jens (Hg.): Class Politics and the Radical Right. S. 10-30. New York.
- Bose, Sophie/Köster, Jakob/Lütten, John (2018): Rechtspopulistische Gewerkschaftsaktive. In: Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.): Arbeiterbewegung von rechts? S. 211-226. Frankfurt/M.
- Brinkmann, Ulrich/Hassan-Beik, Maren/Zappino, Lukas (2020): Solidarität und Skepsis. Hamburg.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023): Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Policy Paper. Leipzig.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar (2022): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. S. 31-91. Gießen.
- Esping-Andersen, Gosta (1985): Politics Against the Market. Princeton.
- Fraser, Nancy (2022): Cannibal Capitalism. London.
- Fröhlich, Paulina/Mannewitz, Tom/Ranft, Florian (2022): Die Übergangenen. Struktur-schwach und erfahrungstark. Bonn.
- Goes, Thomas (2024): Grüner Sozialismus? Über das politische Bewusstsein von Arbeiter\*innen in Zeiten des Umbruchs. Bielefeld.
- Ders. (2022): Was tun, um den Kompass neu auszurichten? In: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/was-tun-um-den-kompass-neu-auszurichten/>
- Hall, Stuart (2014): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Hall, Stuart. Populismus, Hegemonie, Globalisierung. S. 101-135. Hamburg.
- Heitmeyer, Wilhelm/Freiheit, Manuela/Sitzer, Peter (2020): Bedrohungssallianzen. Frankfurt a.M.
- Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémie (2017): Einstellungen und soziale Lebenslage. Düsseldorf.
- Kratzer, Nick/Menz, Wolfgang/Tullius, Knut/Wolf, Harald (2015): Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Baden-Baden.
- Mouffe, Chantal (2023): Eine Grüne demokratische Revolution. Frankfurt/M.
- Quent, Matthias/Richter, Christoph/Salheiser, Axel (2022): Klimarassismus. München.
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Hamburg.
- Tullius, Knut/Wolf, Harald (2022): Mentalitäten in der Transformation. In: AIS-Studien. Heft 1, S. 70-87. In: [https://www.boeckler.de/pdf\\_fof/105131.pdf](https://www.boeckler.de/pdf_fof/105131.pdf).